



Rieden, 30.09.2026

## Verfügung

### Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)

#### Widmung (Art. 6 BayStrWG)

##### Inhalt:

Widmung der öffentlichen Verkehrsfläche "Verlängerung Bahnhofstraße"

##### Begründung:

Die Gemeinde Rieden hat das Grundstück von der Bundeseisenbahnvermögen gekauft, die Straße ist gemäß Art. 6 BayStrWG zu widmen.

#### 1. Straßenbeschreibung

|                       |                                            |
|-----------------------|--------------------------------------------|
| Straße:               | Bahnhofstraße                              |
| Stadt/Gemeinde:       | Rieden;                                    |
| Landkreis:            | Ostallgäu                                  |
| Widmungsbeschränkung: | ;                                          |
| Flurnummern:          | 300/35, Gemarkung Rieden;                  |
| Anfangspunkt:         | Flurgrenze zu Bahnhofstraße Fl. Nr. 300/5; |
| Endpunkt:             | Flurgrenze zu Fl. Nr. 300/36;              |
| Länge:                | 0,047 km;                                  |
| Baulastträger:        | Gemeinde Rieden;                           |

#### 2. Verfügung

Die unter 1. bezeichnete neugebaute Straße ist als Ortsstraße zu widmen.

#### 3. Wirksamwerden

|                                                     |            |
|-----------------------------------------------------|------------|
| Wirksamwerden der Verfügung:                        | 15.10.2026 |
| Tag der Verkehrsübergabe:                           |            |
| Tag der Ingebrauchnahme für neuen Verwendungszweck: |            |
| Tag der Sperrung:                                   |            |

**Gemeinde Rieden**

Manfred Dillian

1. Bürgermeister





Rieden, 30.09.2026

**Bekanntmachung zur Verfügung**  
**Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)**  
**Widmung (Art. 6 BayStrWG)**

**Inhalt:**

Widmung der öffentlichen Verkehrsfläche "Verlängerung Bahnhofstraße"

**Begründung:**

Die Gemeinde Rieden hat das Grundstück von der Bundeseisenbahnvermögen gekauft, die Straße ist gemäß Art. 6 BayStrWG zu widmen.

**1. Straßenbeschreibung**

|                       |                                            |
|-----------------------|--------------------------------------------|
| Straße:               | Bahnhofstraße                              |
| Stadt/Gemeinde:       | Rieden;                                    |
| Landkreis:            | Ostallgäu                                  |
| Widmungsbeschränkung: | ;                                          |
| Flurnummern:          | 300/35, Gemarkung Rieden;                  |
| Anfangspunkt:         | Flurgrenze zu Bahnhofstraße Fl. Nr. 300/5; |
| Endpunkt:             | Flurgrenze zu Fl. Nr. 300/36;              |
| Länge:                | 0,047 km;                                  |
| Baulastträger:        | Gemeinde Rieden;                           |

**2. Verfügung**

Die unter 1. bezeichnete bestehende Straße ist als Ortsstraße zu widmen.

**3. Wirksamwerden**

|                                                     |            |
|-----------------------------------------------------|------------|
| Wirksamwerden der Verfügung:                        | 15.10.2026 |
| Tag der Verkehrsübergabe:                           |            |
| Tag der Ingebrauchnahme für neuen Verwendungszweck: |            |
| Tag der Sperrung:                                   |            |

#### 4. Einsichtnahme

Die Widmungsunterlagen können während der Zeit vom 30.09.2026 bis einschließlich 28.10.2026 in der Gemeinde Rieden zu den Öffnungszeiten

Montag und Mittwoch von 8.30 – 12.30 Uhr

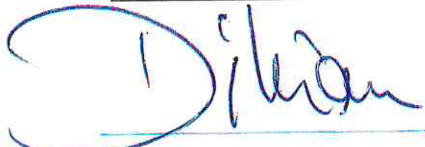
eingesehen werden und zusätzlich in der Verwaltungsgemeinschaft Pforzen im Einwohnermeldeamt während der üblichen Geschäftszeiten von

Montag - Freitag 08.00 - 12.00 Uhr und  
Donnerstag von 14.00 - 18.00 Uhr

sowie auf der Internetseite [www.rieden-zellerberg.de](http://www.rieden-zellerberg.de).

#### 5. Bekanntmachungsnachweise

|                           |                |                                          |                                      |
|---------------------------|----------------|------------------------------------------|--------------------------------------|
| Ausgehängt am:            | Abgenommen am: | Veröffentlichung im<br>Amtsblattnummer.: | Veröffentlichung im<br>Amtsblatt am: |
| «30.09.2026»              | «»             | «»                                       | «»                                   |
| Weitere Bekanntmachungen: |                | Für die Richtigkeit:                     |                                      |
| «»                        |                | Datum, Unterschrift                      |                                      |



«Dillian, 1. Bürgermeister»



#### 6. Rechtsbehelfsbelehrung

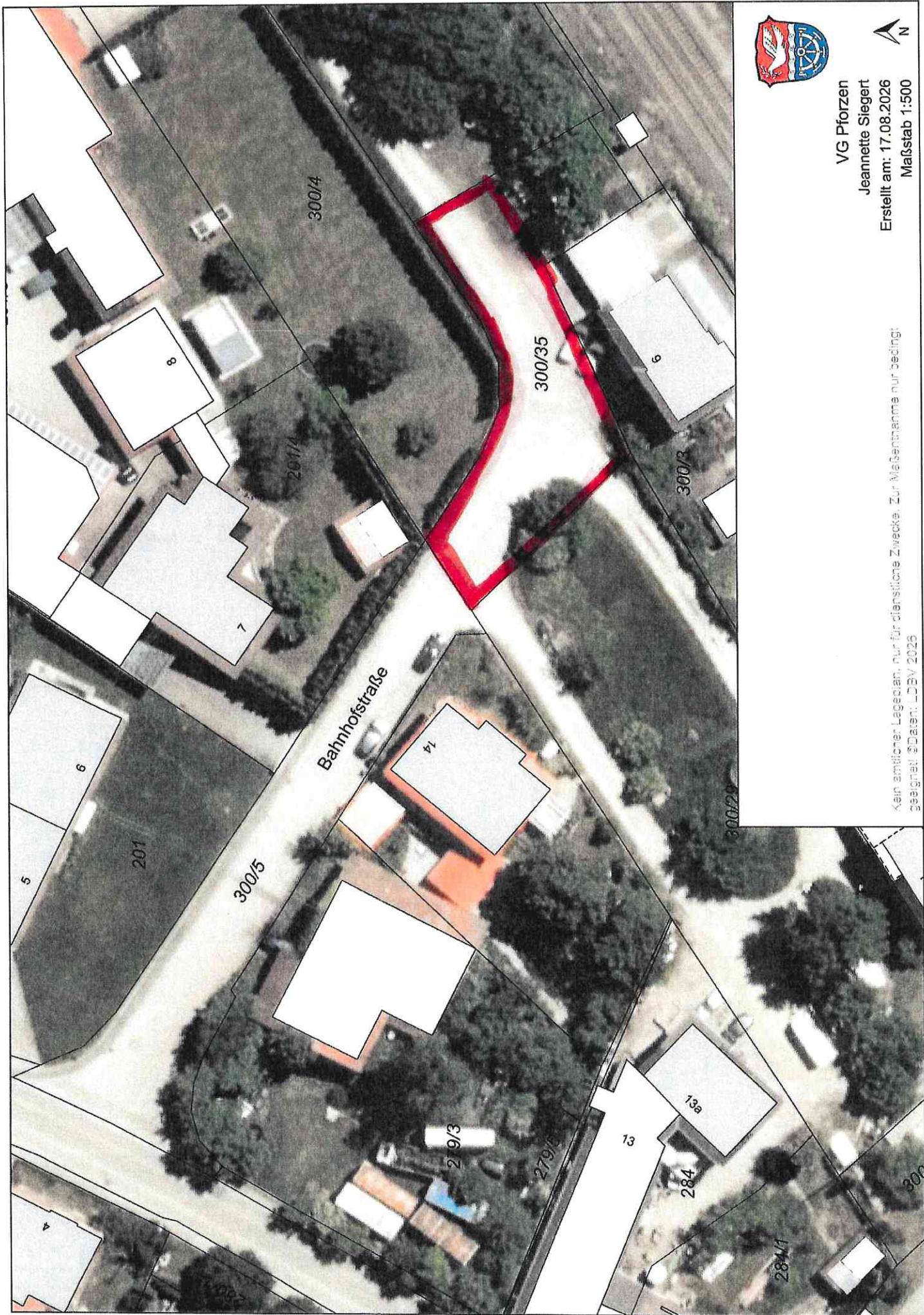
**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem**

Bayerischen Verwaltungsgericht,  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Gemeinde Musterhausen, An der Neumühle 5, 84711 Musterhausen) **und den Gegenstand des Klagebegehrens** bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

##### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde im Bereich des z. B. Kommunalrechts ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.  
(Alternative 1: Soweit die Behörde für die elektronische Widerspruchseinlegung keinen Zugang eröffnet hat):
- Die Widerspruchseinlegung und die Klageerhebung in elektronischer Form (z. B. durch E-Mail) ist unzulässig.  
(Alternative 2: Soweit die Behörde für die elektronische Widerspruchseinlegung den Zugang eröffnet hat):
- Ein in elektronischer Form eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen sein. Die Klageerhebung in elektronischer Form (z. B. durch E-Mail) ist unzulässig.  
(Soweit kein Fall des § 188 VwGO):
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.



VG Pforzen  
Jeannette Siebert  
Erstellt am: 17.08.2026  
Maßstab 1:500



Kein amtlicher Lageplan, nur für dienstliche Zwecke. Zur Maßstabnahme nur bedingt geeignet. ©Daten: LDBV 2026